

Erich H o n e c k e r:

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, allen Teilnehmern unserer Tagung die brüderlichen Grüße des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Staatsrates und des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zu übermitteln.

Unseren polnischen Genossen, Genossen Edward Gierek persönlich, danken wir herzlich für die Gastfreundschaft und die guten Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig möchte ich für die bereits erfolgten Ausführungen der Genossen Leonid Iljitsch Breshnew und Kadar danken.

Mit besonderem Interesse haben wir die Rede des Leiters der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Genossen Leonid Iljitsch Breshnew, gehört. Sie ist von großer internationaler Bedeutung. Die Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Situation und der Haupttendenzen der Entwicklung durch Genossen Breshnew sowie die Schlußfolgerungen ermöglichen uns, jene außenpolitischen Schritte zu tun, mit denen wir noch besser zur Gesundung der Weltlage beitragen. Dadurch werden die Faktoren verstärkt, die über die Lösung der Hauptfrage unserer Zeit, die Sicherung des Friedens, entscheiden. Wir festigen die Einheit unseres Handelns, setzen die bewährten Traditionen unseres Bündnisses fort und erhöhen die Wirksamkeit unserer Aktivitäten im Interesse einer friedlichen Gegenwart und Zukunft der Menschheit.

25 Jahre nach Abschluß des Warschauer Vertrages können wir eine positive Bilanz der Tätigkeit unserer Organisation ziehen. Unser politisches Bündnis und unsere Militärkoalition haben ihre Mission mit Erfolg verwirklicht. Als eines der wichtigsten Ergebnisse betrachten wir, daß es dank der gemeinsamen Anstrengungen gelang, im Kampf um die Gewährleistung des Weltfriedens, um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, um die Normalisierung der internationalen Beziehungen Fortschritte zu erzielen, die von großer, ja, man darf sagen historischer Tragweite sind. Ich denke dabei an eine solche Tatsache wie die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung, insbesondere an die Lösung einer so wichtigen Frage wie die Festigung der internationalen Position des ersten deutschen Friedensstaates, der Deutschen Demokratischen Republik. Das sozialistische und kommunistische Aufbauwerk der Brudervölker wurde zuverlässig geschützt. Fruchtbare Impulse gingen von unserem Bündnis auf die Meisterung jener Aufgaben aus, vor die uns die gesellschaftliche Entwicklung in unseren Ländern jeweils stellt.

Mit alledem haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages getreu den Verpflichtungen gehandelt, die sich aus dem Sieg der Sowjetunion und der anderen Kräfte der Antihitlerkoalition vor 35 Jahren über den deutschen Faschismus herleiten. Es ist uns

ein Bedürfnis, gerade aus dem heutigen Anlaß den gewaltigen Beitrag zu würdigen, den die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in den vergangenen Jahrzehnten zur Sache des Friedens und des Fortschritts erbracht hat. Gefühle aufrichtiger Hochachtung empfindet unser Volk insbesondere für das unermüdliche Wirken des Genossen Leonid Iljitsch Breschnew im Dienst an diesen edlen Zielen.

Bekanntlich entstand mit dem Warschauer Vertrag im internationalen Leben ein Bündnis völlig neuen Typs. Es beruht auf der objektiven Gemeinsamkeit der politischen, ökonomischen und ideologischen Grundlagen der Bruderstaaten sowie auf dem proletarischen Internationalismus. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wurde eine Koalition wahrhaft freier, gleichberechtigter und souveräner Staaten geschaffen. Sie dient als Instrument ihres immer engeren Zusammenschlusses im Interesse des Sozialismus und Kommunismus, im Interesse des Friedens. Während der 25 Jahre ihres Bestehens ist unsere Koalition ihren Aufgaben überzeugend gerecht geworden.

Zusammen mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und den bilateralen Freundschaftsverträgen bietet der Warschauer Vertrag einen breiten Raum für die dynamische Entwicklung der Beziehungen neuer Art zwischen den Teilnehmerstaaten. Er hat hervorragenden Anteil an der Festigung der innen- und außenpolitischen Positionen

der einzelnen Bruderstaaten und unserer gesamten Gemeinschaft. Das bestätigen auch die Erfahrungen der Deutschen Demokratischen Republik.

Die feste Verankerung der Deutschen Demokratischen Republik im Bruderbund mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern im Warschauer Vertrag, hat sich als ausschlaggebend für die sichere und stabile Entwicklung unseres Landes erwiesen. Sie ist für die weitere Verwirklichung der vom IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Ziele bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft von fundamentaler Bedeutung. Was wir bisher in der Deutschen Demokratischen Republik erreicht haben und auch künftig erreichen wollen, ist das Ergebnis unserer brüderlichen Zusammenarbeit und zugleich unser Beitrag zur Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Liebe Genossen!

Zu Beginn der 80er Jahre ist die Menschheit vor Entscheidungen gestellt, von denen mehr denn je ihre friedliche Zukunft abhängt, ihr Sein oder Nichtsein. Es entspricht unserer Mission, daß es die sozialistischen Staaten sind und vor allem die Sowjetunion, die den Frieden konsequent verteidigen und einen gangbaren, realistischen Weg weisen, ihn dauerhaft zu sichern. Die unserer Tagung vorliegende Deklaration ist dafür ein überzeugender Ausdruck.

Wir stimmen ihr zu. Auf der Grundlage dieser Deklaration wird die Deutsche Demokratische Republik an der Seite der Bruderstaaten alles tun, damit die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges abgewendet, das Wettrüsten beendet und die politische Entspannung durch die Abrüstung ergänzt wird. Die Lösung der eben genannten Probleme ist ohne Zweifel das Wichtigste, worauf es im achtziger Jahrzehnt ankommt.

Der von der Carter-Administration, von den aggressivsten Kreisen des Imperialismus in den NATO-Staaten betriebene Kurs des Übergangs von der Entspannung zur Konfrontation hat die Weltlage erheblich verschärft. Die jüngste Rede des Präsidenten der USA, Carter, in Philadelphia bestätigt dies in aller Deutlichkeit. Die abenteuerliche Politik der USA schafft eine reale Gefahr für die Sicherheit der Völker. Damit wird der Frieden auf dem Erdball der ernstesten Bedrohung seit langem ausgesetzt. Die entsprechend dem Washingtoner Langzeitprogramm vom Mai 1978 betriebene Hochrüstung der NATO, der Brüsseler Raketenbeschluß von 1979 und die Nichtratifizierung des SALT-II-Vertrages durch die USA beweisen, daß der Imperialismus, der von einer Krise in die andere stolpert, nach einer langfristig angelegten Strategie vorgeht, um die Sowjetunion und die sozialistischen Länder unter Druck zu setzen und seine Weltherrschaftspläne zu realisieren. Darüber kann auch der wüste Propagandarummel nicht hinwegtäuschen, den die westliche Seite um die Ereignisse in Afghanistan entfacht hat

und für den sie die gerechtfertigte internationalistische Hilfe der Sowjetunion verlogen als Vorwand heranzieht.

Wie die Verantwortlichen der USA Westeuropa in den Strudel der Konfrontationspolitik hineinzureißen versuchen, so praktizieren sie, unterstützt von Regierungen weiterer NATO-Länder, die imperialistische Politik der Drohungen, der wirtschaftlichen Erpressung und der militärischen Gewalt gegen andere Völker, zum Beispiel des Iran. Sie treten deren Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität mit Füßen. Wenn es um ihren Machteinfluß, ihre Erdölinteressen, ihren Drang nach Rohstoffressourcen geht, dann sind sie bereit, das äußerste zu unternehmen. Ob im Mittleren und Nahen Osten oder in der südostasiatischen Region der Erde - der Imperialismus häuft Konfliktstoffe an, läßt Spannungen auf, und es wäre nicht das erste Mal, daß er den Ausweg aus der Krise seines Systems erneut in kriegerischen Abenteuern sucht.

Ein wesentliches Element der psychologischen Kriegsführung gegen die Sowjetunion, gegen den realen Sozialismus ist die imperialistische Kampagne gegen das Stattfinden der Olympischen Spiele in Moskau. Wir erachten es als unsere gemeinsame Aufgabe, diese Boykottpolitik des Imperialismus, die den Prinzipien der Zusammenarbeit ebenso widerspricht wie sie die internationale öffentliche Meinung verhöhnt, zu durchkreuzen. Die Deutsche Demokratische Republik hat unmißverständlich klar gemacht, daß der Boykottbeschuß der BRD auch Folgen für die Sportbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten haben wird.

Es liegt auf der Hand, daß den reaktionärsten imperialistischen Kreisen die ganze Richtung nicht paßt, in der sich die internationale Entwicklung in den letzten 10 Jahren vollzog. Große Veränderungen zugunsten der Kräfte des Friedens, des Fortschritts, der nationalen und sozialen Befreiung hat es bekanntlich während dieser Zeit gegeben. Gerade auch das Zustandekommen der Konferenz von Helsinki und ihre Ergebnisse sowie das europäische Vertragswerk, womit die Wende vom kalten Krieg zur Entspannung dokumentiert wurde, paßten den Konfrontationspolitikern von Anfang an nicht ins Konzept, wurden dadurch doch nicht nur erhebliche positive Wandlungen bewirkt, sondern auch günstige Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben der Völker und die gedeihliche internationale Kooperation zu gegenseitigem Vorteil eröffnet. Den Hegemonieansprüchen und Expansionsbestrebungen des Imperialismus sowie den mit ihm paktierenden Kräften in Peking ist eine solche Entwicklung direkt entgegengesetzt.

Durch das offene Paktieren der Pekinger Führung mit den imperialistischen Hauptmächten wird der Übergang der Carter-Administration zur Konfrontationspolitik stimuliert. Die chinesischen Führer unterstützen bekanntlich aktiv die revanchistischen Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland gegen die Deutsche Demokratische Republik. Gemeinsam mit den Bruderländern wirken wir dem Ausbau des chinesisch-imperialistischen Komplotts entgegen. Gleichzeitig führen wir die Linie unseres IX. Parteitages fort, die Beziehungen zur Volksrepublik China auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu gestalten.